

KREIS BORKEN

18.11.2014 | Ziel: Als Gruppe anerkannt werden

Die Kreistagsabgeordneten Heidi Breuer und Maria Strestik klagen

Weil sie als Gruppe anerkannt werden wollen, ziehen die Kreistagsabgeordneten Heidi Breuer (Linke) und Maria Strestik (Piraten) jetzt vors Gericht. Ein Gruppenstatus würde ihnen insofern helfen, dass sie in den Ausschüssen nicht mehr als "Einzelkämpfer" arbeiten müssten.

Foto: Archiv



Heidi Breuer (l.) und Maria Strestik (r.) kämpfen jetzt vor Gericht um ihren Gruppenstatus.

Von Josef Barnekamp

KREIS BORKEN. Die Kreistagsmitglieder der Linke, Heidi Breuer, und Piraten, Maria Strestik, ziehen vors Verwaltungsgericht. Sie haben Klage dagegen eingereicht, dass ihnen die Mehrheit des Kreistages im September die Anerkennung als Gruppe versagt hat (wir berichteten).

Klage als letztes Mittel

Die Klage sei nun „das letzte Mittel und notwendig“, schreiben Strestik und Breuer, die nach der Kommunalwahl im Mai jeweils einzige Vertreter ihrer Partei im Kreistag sind. Dort hatten sie zunächst „ohne Zweifel und Vorbehalte“, wie sie schreiben, als Gruppe zusammengearbeitet. Ein solcher Gruppenstatus hilft einzeln gewählten Kreistagsmitgliedern, weil sie dann besser in Ausschüssen vertreten sind, als wenn sie als „Einzelkämpfer“ arbeiten müssen.

Mehrere Zusammenschlüsse in NRW

In einer Pressemitteilung betonen Breuer und Strestik, dass ihnen „nach wie vor nicht

klar“ sei, aus welchen Gründen Landrat Dr. Kai Zwicker Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Gruppenbildung habe. Sie hätten doch „für alle erkennbar“ als Gruppe zusammengearbeitet. Dass der Landrat „rückwirkend technische und formale Mängel... ins Feld geführt“ habe, offenbare eine „absurd anmutende Verzweiflung, mit der hier politische Arbeit und Auseinandersetzung verhindert werden“ solle. So seien bei der Neuwahl der Kreisausschusses Linke, Piraten und SPD die Verlierer, die FDP der Gewinner gewesen. Zwicker hatte Breuer und Strestik entgegengehalten, sie hätten bislang allenfalls theoretisch und sehr abstrakt ihre gemeinsamen Ziele umschrieben. Der Landrat hatte sich in seiner Einschätzung zudem auf Beschlüsse zweier Gerichte und ein Gutachten eines Universitätsprofessors gestützt.

Dem halten die beiden Frauen von Linke und Piraten nun entgegen, dass es in rund 20 Kreisen und Städten in NRW Zusammenschlüsse von Piraten/Die Linke gebe und von diesen „nicht einmal eine Handvoll“ mit „Zweifeln, Vorbehalten und zusätzlicher Prüfung“ belegt worden seien, wie es im Borkener Kreistag geschehe. Ihnen sei kein Fall bekannt, in dem nach Prüfung ein Gruppen- oder Fraktionsstatus aberkannt worden sei.

Steuerzahler seien die Verlierer

Verlierer des Ganzen sind nach Auffassung von Heidi Breuer und Maria Strestik die Steuerzahler. Die zwei wegen des Themas anberaumten Kreistags-Sondersitzungen hätten jeweils rund 3000 Euro gekostet „mit Gutachterkosten sind sicher schon 10.000 Euro zum Fenster hinausgeworfen“, heißt es. Auch der jetzt von ihnen beschrittene Klageweg verursache Kosten, aber: „wir haben alles versucht, um auf einem vernünftigen Weg zu einer Lösung zu kommen.“

Unterm Strich sieht Strestik sich in der Auseinandersetzung „schlicht blockiert“. Statt junge Wähler in die Politik mitnehmen zu können, rufe man mit der derlei Aktionen bei Jüngeren „nur Frust und Unverständnis“ hervor, so die 27-Jährige.

Autor: Josef Barnekamp

Tel: 02861 944-169

URL: http://www.borkenerzeitung.de/lokales/kreis-borken_artikel,-Die-Kreistagsabgeordneten-Heidi-Breuer-und-Maria-Strestik-klagen-_arid,424794.html

© Borkener Zeitung - Alle Rechte vorbehalten 2014